

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses
am Mittwoch, dem 20.02.2008, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:55 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf 187/2008 hier: Sachstandsbericht	5
2. Sonderfonds zur Unterstützung bei Notlagen im Rahmen der Familienplanung; hier: Abschluss von Vereinbarungen mit den Schwangerenberatungsstellen über die Verteilung der Mittel aus dem Sonderfonds 181/2008	7
3. Vorstellung des Modellprojektes "Implementierung von Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz im Kreis Borken" 195/2008	9
4. Ein Jahr ambulante Pflege im Clearingverfahren 197/2008	11
5. Vorstellung des Besuchs- und Betreuungsdienstes für Senioren des Mütterzentrums Beckum 196/2008	12
6. Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht 194/2008	13
7. Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten 198/2008	15

Anlagen

- Anlage 1 Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE
- Anlage 2 Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz
- Anlage 3 Ein Jahr ambulante Pflege im Clearingverfahren
- Anlage 4 Vermeidung oder Verzögerung von Heimeinzügen im Kreis Warendorf durch Beratung Fallmanagement (Verein Alter und Soziales e.V.)
- Anlage 5 Kriterien der Pflegebegutachtung
- Anlage 6 Bericht über den Besuchs- und Betreuungsdienstes für Senioren des Mütterzentrums Beckum e.V.
- Anlage 7 Bericht der Heimaufsicht

Anwesend:

Vorsitz
Tünte-Poschmann, Hildegard
Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Grabenmeier, Hildegunde
Hohmann de Palma, Ingrid
Holz, Günter
Mors, Annette
Schmidt, Ulrike
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strohbücker, Josef
Strübbe, Robert
stellv. Ausschussmitglieder
Dufhues, Hannelore
Gerwing, Theresia
Luster-Haggeney, Rudolf
Northoff, Robert
von der Verwaltung
Börger, Heinz Dr.
Filthaut, Beate
Klausmeier, Brigitte
Röhnelt, Anja Dr.
Schabhüser, Helmut
Schmiele, Angelika
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.
Strickmann, Friedrich
Gäste
de Vries, Bodo Dr.
Heese, Lisa
Wapelhorst, Peter

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Hein-Kötter, Dorothea
Hörnemann, Josef
Wartala, Franz-Jörg
Wördemann, Christiane

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 08.02.2008 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Hinweis zur Niederschrift der Sitzung am 28.11.2007:

In der Anwesenheitsliste ist Herr Franz-Jörg Wartala irrtümlich aufgeführt. Herr Wartala hat an der Sitzung jedoch nicht teilgenommen.

I. Öffentlicher Teil

1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	187/2008
-----------	--	-----------------

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- zur Entwicklung der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Zielvereinbarung 2007:
 - Reduzierung der passiven Leistungen Bund (ALG II/Sozialgeld) um 4 %
 - Reduzierung der passiven Leistungen der Kommune um 4 %
 - Erhöhung der Integrationsquote um 5,6 %
 - Erhöhung der Integrationsquote der unter 25-jährigen um 6,9 %
- zu den Maßnahmeeintritten 2007
- zur Bewirtschaftungsübersicht Eingliederungsleistungen SGB II – Stand 31.12.2007
- zu den Zielen 2008
- zur Maßnahmeplanung 2008 für verschiedene Zielgruppen

anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1).

Herr Wapelhorst führt auf Nachfrage von Frau Birkhahn aus, dass ca. 25 % der Hilfeempfänger ergänzende Leistungen erhalten, da ihr Erwerbseinkommen zur Deckung des Lebensunterhalts nicht ausreicht. Diese Zahl sei in 2007 gestiegen.

Er erklärt, dass eine Senkung der Kosten der Unterkunft kaum noch möglich sei. Bei jedem Kunden werde von Beginn an geprüft, ob eine unangemessen große Wohnung bewohnt wird. Einzelne Personengruppen wie z.B. Menschen mit Behinderungen hätten Anspruch auf zusätzlichen Wohnraum.

Herr Wapelhorst weist auf Nachfrage von Frau Mors darauf hin, dass das Budget der Eingliederungsleistungen SGB II in 2007 zu 99 % ausgeschöpft wurde, für 2008 gehe er von einer vollständigen Ausschöpfung aus. Die Mittel seien in den Jahren 2006 und 2007 sinnvoll eingesetzt worden, es wurden gute Integrationsergebnisse erzielt. Die Reduzierung der Passiven Leistungen des Bundes um 8,5 % stellt für Herrn Wapelhorst ein sehr ambitioniertes Ziel dar. In 2007 konnte im Kreis Warendorf mit einer Reduzierung um 11,2 % ein besseres Ergebnis erzielt werden als im Bundesdurchschnitt.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich, ob sichergestellt sei, dass die Art der Maßnahmen, die von den Teilnehmern durchgeführt werden, im Einzelfall auch sinnvoll seien.

Herr Wapelhorst erklärt, dass die Kunden der ARGE u.a. deshalb an Maßnahmen teilnehmen, um generell bessere Chancen am Arbeitsmarkt zu erhalten. Computerkurse seien beispielsweise immer sinnvoll.

Herr Dr. Börger führt abschließend aus, dass auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das die Unrechtmäßigkeit der Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur und kommunalen Trägern festgestellt hatte, vielfältige Probleme auftreten. Er bedauere, dass nun eine neue Struktur geschaffen werden müsse. Es bestünde jedoch kein Zeitdruck, da die gesetzliche Neuregelung bis zum 31.12.2010 erfolgen muss.

Wichtig sei, dass der kommunale Einfluss bei der Vermittlung der Hilfeempfänger erhalten bleibe.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die ARGE SGB II im Kreis Warendorf nach anfänglichen Schwierigkeiten auf Grund der problematischen Rechtslage sehr gute Arbeit leiste.

Frau Tünte-Poschman dankt Herrn Wapelhorst für seine Ausführungen.

2.	Sonderfonds zur Unterstützung bei Notlagen im Rahmen der Familienplanung; hier: Abschluss von Vereinbarungen mit den Schwangerenberatungsstellen über die Verteilung der Mittel aus dem Sonderfonds	181/2008
----	--	-----------------

Herr Dr. Schulze Kalthoff teilt mit, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2008 die Einrichtung eines Sonderfonds in Höhe von 15.000 € zur Unterstützung bei essentiellen Notlagen im Rahmen der Schwangerschaftskonfliktberatung beschlossen wurde. Nach Einzelfallprüfung sollen Frauen und Paare in wirtschaftlich sehr angespannter Situation bei der Finanzierung längerfristiger Verhütungsmittel wie Hormonpräparate oder Spirale unterstützt werden. In Einzelfällen könnten auch Männer Mittel aus dem Sonderfonds erhalten, um zur Verhütung von Schwangerschaften beizutragen.

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläutert den Schlüssel zur Verteilung der finanziellen Mittel auf die im Kreis Warendorf vorhandenen Beratungsstellen (§ 2 des Vertragsentwurfes). Die 5 Beratungsstellen beginnen demnach unter gleichen Voraussetzungen.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass es sich bei den 5 Beratungsstellen um die PariSozial gGmbH, die Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Hamm-Warendorf, die Diakonie Gütersloh e.V., donum vitae Kreisverband Warendorf e.V. und den Sozialdienst katholischer Frauen im Kreis Warendorf e.V. handele.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich nach der Notwendigkeit der in § 5 des Vertragsentwurfes aufgeführten statistischen Angaben der Hilfeempfänger. Sie vertritt die Ansicht, dass die Beratungsstellen für die zweckentsprechende Verwendung der Mittel zu sorgen haben.

Frau Birkhahn hält ebenfalls einige der statistischen Angaben für bedenklich, die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche sowie die Art des Leistungsbezuges sollten gestrichen werden. Diese Angaben seien zur Prüfung einer zweckentsprechenden Verwendung der Mittel nicht erforderlich.

Frau Grabenmeier gibt zu bedenken, dass bei der Fülle von Angaben in einem Ort wie Everswinkel die Anonymität nicht mehr gewährleistet sei. Zumindest die Angabe der Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche sei zu streichen. Sie bittet darüber abzustimmen.

Herr Strohbücker hält es für erforderlich, dass einerseits der Datenschutz, andererseits auch die zweckentsprechende Verwendung der Mittel gesichert sein müssen.

Herr Strübbe hält die in § 5 genannten Angaben für erforderlich, um feststellen zu können, an welche Personengruppe die Mittel verausgabt werden.

Herr Dr. Schulze Kalthoff schlägt vor, die Angaben zur Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche und zur Anzahl der Geburten aus § 5 zu streichen.

Frau Tünte-Poschmann lässt über diesen Vorschlag zur Änderung des Vertragsentwurfes abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen

Sodann lässt Frau Tünte-Poschmann über den Beschlussvorschlag mit geändertem Vertragsentwurf abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Vorstellung des Modellprojektes "Implementierung von Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz im Kreis Borken"	195/2008
-----------	---	-----------------

Herr Dr. de Vries, Geschäftsführer des Ev. Johanneswerkes e.V., stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 2) Wohngemeinschaften mit für Menschen mit Demenz als Alternative zum Wohnen und Leben vor.

Er berichtet über

- das Modellprojekt "Gemeinsam sein",
- Organisationsprinzipien in ambulant betreuten Wohngemeinschaften,
- Leben in Wohngemeinschaften am Mühlenweg in Ahaus,
- Qualitätsmerkmale in Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz,
- Kosten und Erträge in Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz,
- Zwischenergebnisse der Evaluation der Wirtschaftlichkeit (in der Anlage 2 nicht enthalten).

Herr Dr. Schulze Kalthoff sieht in diesem Konzept 2 Probleme. Einerseits sei es sehr komplex und kompliziert und bedürfe daher viel Wissen, um kundengerechte Entscheidungen treffen zu können.

Des Weiteren sei ein Kostenvergleich zwischen den Menschen in Heimen und denen in Wohngemeinschaften sehr schwierig. In Heimen seien viele Bewohner über 80 Jahre alt und oftmals dement, in Wohngemeinschaften hingegen seien viele Bewohner jünger und nur in Pflegestufe 1 eingestuft.

Zudem hätten einige der Mitarbeiter keine pflegerische Ausbildung und könnten damit z.B. mit dem Problem der Weglauftendenz von demenzkranken Bewohnern überfordert sein.

Herr Dr. Schulze Kalthoff äußert daher Zweifel, ob das Modell der Wohngemeinschaften erfolgreich sein könne und damit eine Zukunft habe.

Herr Dr. de Vries hält die alternative Versorgung der Menschen zum Alten-/Pflegeheim für erforderlich.

Mit dem Kreis Borken sei eine Einigung dahingehend erzielt worden, dass vor dem Einzug in die Wohngemeinschaft geklärt werde, ob dieser erforderlich sei.

Er weist darauf hin, dass eine Trennung von Betreuung und Pflege in der Wohngemeinschaft nicht vorliege. Zudem seien in den Heimen ebenfalls nicht nur Fachkräfte, sondern auch Hilfskräfte beschäftigt. In der Wohngemeinschaft seien 2 Kräfte für 9 Bewohner verantwortlich, in Heimen oft für ca. 20 Bewohner.

Herr Dr. de Vries führt weiter aus, dass kein Wechsel von der Wohngemeinschaft in ein Heim erfolge, wenn der Bewohner alt und pflegebedürftig werde. Das "Sterben" sei in der Wohngemeinschaft möglich.

Auch sei es in Einzelfällen möglich, dass ein Ehepaar in die Wohngemeinschaft zieht, wenn ein Ehepartner dement ist.

Herr Dr. Börger sieht Wohngemeinschaften durchaus als Alternative zum Heim, insbesondere für Menschen mit Demenz. Aus Sicht der Kostenträger stelle er jedoch

fest, dass es keine kostengünstigere Alternative sei. In diesem Zusammenhang erinnert er daran, dass seitens der Gemeindeprüfungsanstalt der Hinweis erfolgt sei, die Kostenseite zu berücksichtigen.

Er erläutert, dass für die Wohngemeinschaft in Drensteinfurt mit der Alexianer Brüdergemeinschaft GmbH eine Vereinbarung getroffen wurde. Des Weiteren werden einzelfallbezogene Entscheidungen für die Wohngemeinschaft der Seniorenhilfe SMMP gGmbH in Oelde getroffen.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass es inzwischen zu Leerständen in Heimen komme. Verstärkt werden könnten diese dadurch, dass Bewohner aus einem Heim in eine Wohngemeinschaft wechseln.

Auf Nachfrage von Frau Dufhues führt Herr Dr. de Vries aus, dass auch Plätze in den Wohngemeinschaften mit öffentlichen Mitteln gefördert werden können, diese stünden dann auch Sozialhilfeempfängern zur Verfügung.

Frau Schmiele erklärt, dass aus Sicht des Sozialhilfeträgers bei Heimbewohnern die festen Kosten bekannt seien. Im Gegensatz dazu sind bei Wohngemeinschaften aufgrund verschiedener Faktoren, insbesondere durch den individuellen Pflegebedarf, die Kosten schwer kalkulierbar.

Die Heimnotwendigkeit werde in jedem Einzelfall geprüft.

Zu den in Folie 21 von Herrn Dr. de Vries zugrunde gelegten Investitionskosten von 21,78 € teilt sie mit, dass die durchschnittlichen Kosten im Kreis Warendorf geringer seien.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Dr. de Vries für seine Ausführungen.

4. Ein Jahr ambulante Pflege im Clearingverfahren**197/2008**

Frau Schmiele berichtet über "Ein Jahr ambulante Pflege im Clearingverfahren". Sie schildert das Clearingverfahren (Anlage 3) und Fallmanagement (Anlage 4) und erläutert die Fallzahlenentwicklung.

Frau Dr. Röhnelt erläutert die Kriterien der Pflegebegutachtung (Anlage 5).

5.	Vorstellung des Besuchs- und Betreuungsdienstes für Senioren des Mütterzentrums Beckum	196/2008
-----------	---	-----------------

Frau Heese, Vorstandsfrau des Mütterzentrums Beckum e.V., stellt den Besuchs- und Betreuungsdienst des Vereins anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 6) vor. Sie berichtet über

- das Seniorencafe,
- die Arbeit und verschiedenen begleitenden Angebote der Koordinationsstelle sowie
- deren Inhalte und Aufgabe der einzelnen Angebote.

Des Weiteren gibt sie einen Überblick über

- die Anzahl der Seniorenbetreuungen,
- den Anteil der Pflegestufenempfänger,
- den Anteil der dementen bzw. psychisch erkrankten sowie
- die Betreuungsdauer und die Wohnsituation

der betreuten Senioren.

Sie ergänzt, dass die Betreuer eine Aufwandsentschädigung von 8 € je Stunde erhalten.

Auf Nachfrage von Herrn Stöppel erklärt Frau Heese, dass das Mütterzentrum auskömmlich finanziert sei. Die Förderung durch die Stiftung Wohlfahrtspflege sei in 2007 ausgelaufen. Derzeit werde das Mütterzentrum u.a. durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Kreises Warendorf unterstützt.

Frau Tünte-Poschmann dankt Frau Heese für ihren Bericht.

6. Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht**194/2008**

Herr Strickmann berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation über

- den veränderten Prüfungsmodus und –ablauf sowie
- die festgestellten Mängel

im Rahmen der Prüfungen der Heimaufsicht.

Vorab stellt er heraus, dass die Heimaufsicht bei den Heimbegehungen auch Positives feststelle, u.a.:

- gute Ergebnisse bei der Bewohnerbefragung
- insgesamt würden die Bewohner in gutem Pflegezustand angetroffen
- positiver Umgang mit dem Sturzmanagement

Herr Strickmann weist darauf hin, dass bei der Durchführung von unangemeldeten Prüfungen keine besonderen Abweichungen von angemeldeten Prüfungen festgestellt werden, abgesehen von der optischen Sauberkeit.

Bei der Inaugenscheinnahme von Bewohnern würden solche ausgewählt, bei denen ein hoher pflegespezifischer Aufwand erforderlich ist. Die Auswahl der Bewohner treffe er selbst, es erfolge keine Auswahl durch die Einrichtung.

Im Ergebnisbericht über die Heimbegehung würden die erforderlichen Maßnahmen oder Empfehlungen aufgelistet, ggfls. mit der Angabe einer zeitlichen Befristung oder Hinweis der sofortigen Umsetzung.

Herr Stöppel erinnert daran, dass im Laufe des letzten Jahres in den Medien über erschütternde Beispiele über Mängel in der Pflege von Heimbewohnern in Deutschland berichtet wurde. Er erkundigt sich, wie im Kreis Warendorf verfahren werde, wenn wesentliche Mängel festgestellt werden.

Herr Strickmann erläutert, dass bei gravierenden Mängeln, die der sofortigen Abstellung bedürften, dieses im Abschlussbericht festgehalten werde. Nach kurzer Zeit würde eine unangemeldete Prüfung durchgeführt. Gleiches gelte bei Festsetzung einer Frist.

Gravierende Mängel seien solche, bei denen das Leben der Bewohner gefährdet sei, wenn z.B. eine Wunde mehrere Tage lang nicht versorgt würde. Seit Aufnahme seines Dienstes bei der Heimaufsicht am 01.10.2007 habe er einen solchen Mangel noch nicht festgestellt, erklärt Herr Strickmann.

Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit den Heimleitungen gebe es i.d.R. nicht, führt Herr Strickmann aus. Insgesamt seien die Heim- und die Pflegedienstleitungen sehr kooperativ und auch dankbar für die Auflistung von festgestellten Mängeln.

Herr Dr. Börger erinnert daran, dass vor vielen Jahren eine Einrichtung auf Grund bestehender Mängel geschlossen wurde. Die Bewohner seien damals in anderen Einrichtungen untergebracht worden.

Herr Strickmann berichtet, dass in 2008 bisher 14 angemeldete und 4 unangemeldete Heimbegehungen durchgeführt wurden.

Frau Klausmeier teilt abschließend mit, dass auf Dauer jede Einrichtung angemeldet und unangemeldet überprüft werden sollte.

7.	Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten	198/2008
-----------	--	-----------------

Die Ausschussmitglieder nehmen die Inanspruchnahme von Deckungsfähigkeiten im Rahmen der Mittelbewirtschaftung zur Kenntnis.

Hildegard Tünste-Poschmann
Vorsitzende

Dr. Heinz Börger
Schriftführer